

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare und Berichte

DIE REGIERUNG UND DIE MASSEN MEDIEN

Ein Mitglied der Landesregierung hat unlängst festgestellt, der Bundesrat komme sich bisweilen unheimlich einsam vor, denn von einer permanenten Unterstützung der Regierungspolitik durch wichtige Blätter könne keine Rede mehr sein. In der Tat: Einer Regierung, der alle grossen Landesparteien zugehören, wissen sich selbst die Parteiblätter nur noch zu Teilen verpflichtet, geschweige denn die als unabhängig etikettierten. Die Zeit, da Regierungspolitik von willigen Parteifreunden in den Redaktionen interpretiert und verteidigt wurde, ist längst vorbei. Noch gibt es eine loyale (und das will sagen: staatsbürgerlich verpflichtete) Presse, aber keine regierungstreue mehr, die sich als Sprachrohr anbietet. Unterstützung, Bekämpfung oder Verschweigen bundesrätlicher Vorlagen und Massnahmen sind für die politischen Blätter Entscheidungen von Fall zu Fall.

Seit die Presse ihr Publizitätsmonopol eingebüsst hat, ist ihr die Regierung freilich auch nicht mehr ausgeliefert. Radio und Fernsehen eröffnen der Exekutive fortgesetzt die Möglichkeit, ihre Aktivität darzustellen. Nur erhebt sich vor den Massenmedien, die ja nicht die vielfach geteilten Macht- und Interessenverhältnisse der Presse aufweisen, sofort die Frage nach dem Missbrauch von Monopolpositionen. In der Tat ist solcher Missbrauch in sehr verschiedenartiger Ausprägung von Hitler bis de Gaulle zu belegen. Die ihrem Wesen nach zentralistischen Medien Fernsehen und Radio sind, wie hier anzumerken wäre, in ihrer leichten Verfügbarkeit und Manipulierbarkeit zur Behändigung durch eine entschlossene Regierung ohnehin noch besser disponiert als die zumeist dezentralisierte Presse.

Auch die enragiertesten Kritiker der hiesigen Lage versteigen sich nur selten und durchaus wider besseres Wissen zur Behauptung, Radio und Fernsehen in der Schweiz seien von der Landesregierung gesteuert. Selbst wenn diese dazu geneigt wäre, fehlte ihr der für dieses subtile Geschäft taugliche Stab, und die nicht minder benötigte Diskretion wäre in unserer an und für sich schon porösen und in der Praxis noch poröser gewordenen Staatsform vollends nicht zu erlangen. Ist also von Regierungsabhängigkeit nicht zu reden, so gewiss von der Bindung an die etablierte Ordnung insofern, als in der Verbindung von Aussendruck und Selbstzensur die mittlere Linie und der Proporz die Szene beherrschen. Dass es im Einzelfall zu Äusserungen des Missfallens aus der Landesregierung kommt, die im Radio und Fernsehen als bedrückende Interventionen empfunden werden, und dass – wiederum in Einzelfällen – bundesrätliche Wünsche die Zusammensetzung von Gesprächsrunden mitbestimmen können, gehört in dieses Bild keineswegs unter obrigkeitlicher Fuchtel lebender, aber jeder Art von Einflüssen ausgesetzter Massenmedien.

Dieser Zustand, unserem Hang zu helvetischen Halbheiten entsprechend, bewirkt das in der Öffentlichkeit verbreitete Gefühl der Führungslosigkeit im Staate. Mit Erklärungen im Parlament, mit Pressekonferenzen und Communiqués ist Regierungspolitik nicht mehr darzustellen und der Bevölkerung verständlich zu machen. Die Regierung braucht vielmehr zur Öffentlichkeit den direkten und kontinuierlichen Zugang: Sie muss, mit andern Worten, durch eines ihrer Mitglieder oder ihren Sprecher ihre Absichten oder Entscheide fortlaufend aus eigenem Willen und ohne

irgendwelche Zwischeninstanzen direkt interpretieren. Nur so kommt es zur unverstellten Begegnung zwischen Volk und Regierung – und nur so, mit genau bezeichneten Sendezeiten für die Exekutive, ist in den Massenmedien auch eine saubere Abgrenzung zwischen Offiziellern und der Auseinandersetzung mit dem Offiziellen möglich. Die Regierung hat nicht nur einen Anspruch darauf, sondern die demokratische Pflicht, ihre Politik mit den Mitteln moder-

ner Information fortgesetzt darzustellen; die Massenmedien wiederum können ihren Auftrag allein unter dem Titel einer möglichst weitgespannten (und auch ausgenützten) Programmfreiheit erfüllen. Mit hin bleibt nur die rigorose zeitliche Abgrenzung im – verschiedenartigen – Gebrauch von Fernsehen und Radio. Sie ist die Voraussetzung einer klar strukturierten Informationspolitik.

Oskar Reck

MONAT DER KONFERENZEN

Auf das Jahresende hin pflegt der Terminkalender der internationalen Diplomatie mit Konferenzen überladen zu sein. Auch 1969 macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme; in West und Ost wie in der Dritten Welt trafen sich Politiker und Staatsmänner zu den üblichen oder ausserordentlichen *Rendez-vous*. Man wird die Ergebnisse dieser Treffen im allgemeinen nicht überschätzen; immerhin sind dieses Mal einige bemerkenswerte Resultate zu verzeichnen, deren Auswirkungen das politische Geschehen in den ersten Monaten des neuen Jahres bestimmend gestalten werden.

EWG und NATO

Das Gipfeltreffen der Sechsergemeinschaft zu Anfang Dezember in Den Haag markiert zwar keinen Wendepunkt in der Entwicklung der EWG. Aber erstmals seit dem Verschwinden de Gaulles sind *neue Akzente* sichtbar geworden. Der französische Präsident *Pompidou* hat zu verstehen gegeben, dass er einer Erweiterung der Gemeinschaft nicht jenes starre Nein entgegengesetzt wie sein Vorgänger. Für 1970 sind Verhandlungen mit den beitragswilligen Staaten in Aussicht genommen. Das Eis beginnt zu schmelzen, und wenn es auch verfrüht wäre, schon jetzt von einem entscheidenden Kurswechsel Frankreichs zu sprechen, so scheint es doch so gut wie sicher, dass die Stagnation, welche die Ent-

wicklung der EWG seit 1963 kennzeichnete, jetzt überwunden ist. Ein ermutigendes Symptom dafür ist auch die verhältnismässig rasche Einigung über die *Finanzierung* der Wirtschaftsgemeinschaft, womit das Ende der Übergangszeit erreicht ist. Die Bemühungen um eine europäische Integration treten damit 1970 in eine neue Phase.

Weniger spektakulär als das Gipfeltreffen in Den Haag war die Dezembersession des NATO-Rates in Brüssel. Grundsätzlich wurde das strategische Prinzip der *flexible response* bestätigt und die von der nuklearen Planungsgruppe ausgearbeiteten Vereinbarungen über den Ersteinsatz atomarer Waffen und die Konsultationsverfahren zwischen den Alliierten genehmigt. Gegenüber der vom Osten lancierten Idee einer *europäischen Sicherheitskonferenz* zeigten sich die Minister der atlantischen Allianz weiterhin reserviert; es ist kein Geheimnis, dass die Vereinigten Staaten einem solchen Mammuttreffen gegenüber nach wie vor Bedenken hegen und sich wenig von einer Konferenz versprechen, deren Teilnehmerkreis so weit gezogen ist und deren Themen nur vage umrissen werden können. Andererseits hat die NATO *bilaterale Annäherungsversuche* zwischen ihren Mitgliedern und Ländern des Ostblockes als wünschbar bezeichnet und damit der Bonner Bundesregierung das Placet für ihren Dialog mit Moskau gegeben.

Gewaltverzichtverhandlungen in Moskau

Ein erstes greifbares Ergebnis dieser Politik der Zweiseitigkeit ist in der zweiten Dezemberhälfte sichtbar geworden: in Moskau haben sich der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, *Allardt*, und Aussenminister *Gromyko* zu Gesprächen getroffen, in deren Mittelpunkt der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen steht. Von Bonn aus sind solche Kontakte schon vor Jahren – noch zur Zeit der Kanzler Erhard und Kiesinger – angeregt worden, jedoch damals in Moskau auf taube Ohren gestossen. Gegenwärtig scheint jedoch aus der Sowjetunion ein anderer Wind zu wehen. Seit dem Wechsel in der Regierungsführung der Bundesrepublik hat Russland Westdeutschland gegenüber mildere Töne angeschlagen. Schon im Vorfeld der Bundestagswahlen hatte sich dieser Wandel der Atmosphäre abgezeichnet, als kurz hintereinander Delegationen der Freien Demokraten und der SPD im Kreml empfangen wurden. Moskau setzte ganz offensichtlich schon frühzeitig auf eine Koalition zwischen Liberalen und Sozialisten, wie sie im Oktober in Bonn schliesslich zustande gekommen ist.

Russlands starre Deutschlandpolitik

Es fällt schwer, in der entgegenkommenden Haltung Moskaus mehr zu sehen als einen neuen taktisch bedingten Schachzug. Russlands Kurs gegenüber Deutschland ist in den vergangenen Jahren von einer unverrückbaren Konsequenz gekennzeichnet gewesen. Der Kreml strebt eine *Zementierung des Status quo* an, eine Legalisierung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Hegemonialsphären – mit andern Worten die vollständige De-iure- und De-facto-Anerkennung der Teilung Deutschlands. Von dieser Forderung ist die Sowjetunion kein Jota abgewichen. Auf der Gipfelkonferenz der Staaten des Warschaupaktes im Dezember in Moskau ist sie erneut bestätigt worden; erstes praktisches Resultat dafür ist der Brief des DDR-

Staatsratsvorsitzenden *Ulbricht* an Bundespräsident *Heinemann* und der diesem Schreiben beigelegte Entwurf eines Vertrages zwischen DDR und Bundesrepublik. Hier werden die alten Ziele des Ostens ohne das geringste Anzeichen von Konzilianz oder Kompromissbereitschaft in voller Härte umschrieben: völkerrechtliche Anerkennung der DDR als eines zweiten deutschen Staates, Anerkennung Westberlins als «besonderer politischer Einheit» ohne Bindungen an die Bundesrepublik – es gehört wenig Phantasie dazu sich vorzustellen, dass ein Eingehen auf solche Bedingungen alle Haarspaltereien über eine Differenzierung zwischen «staatsrechtlicher» und «völkerrechtlicher» Anerkennung zunichte machen, die Teilung Deutschlands endgültig besiegeln und Westberlins Geschick auf Gedeih und Verderb dem Willen der DDR-Machthaber ausliefern würde. Wie weit die sich nur auf eine schwache und unsichere parlamentarische Mehrheit stützende Bonner Regierung der andern Seite entgegenkommen kann, ohne selbst ins Gleiten zu geraten, bleibt eine offene Frage.

Italien und Griechenland

Während Bonns Aussenpolitik Bewahrung und Sicherung in den Kontakten mit dem Osten sucht, droht Italien weiter in den Strudel der *innenpolitischen Krise* abzugleiten. Am 12. Dezember sind bei einem Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank 16 Personen getötet und gegen 100 verletzt worden – ein schreckliches Symptom der Atmosphäre der Unsicherheit und des Terrors, die gegenwärtig auf der Apenninenhalbinsel herrscht. Man hat für das Attentat die *Anarchisten* verantwortlich gemacht und trifft damit eine verhältnismässig kleine Gruppe notorischer politischer Nihilisten. Es ist jedoch klar, dass diese *Eskalation des Terrors* in Italien nur ermöglicht wurde durch die jahrelange politische und soziale Labilität. Ministerpräsident *Rumor* hat deshalb wenige Tage nach dem Anschlag von Mailand einen Aufruf zur Neuaufgabe des *Centro sinistra* erlassen

und gleichzeitig eine schärfere Trennung von den Kommunisten verlangt. Auf diese Weise hofft er, der extremen Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Gefahr, dass angesichts der anhaltenden Unsicherheit die Neigung zu *radikalen Lösungen* wächst, bleibt latent vorhanden mit all ihren Implikationen für die innere und auch die aussenpolitische Lage Italiens.

Welche internationalen Probleme ein Ausweichen in politische Extreme aufwerfen kann, zeigte sich im Konflikt *Griechenlands* mit dem *Europarat*. Seit der Machtübernahme durch die Militärjunta im April 1967 hat der Strassburger Europarat an das Athener Regime permanent Appelle erlassen, zu verfassungsmässigen Verhältnissen zurückzukehren, und Griechenland den Ausschluss aus dem Europarat angedroht. Diesem ermüdenden Hin und Her haben die Athener Machthaber Mitte Dezember nun ein Ende gemacht; sie sind einer als sicher erwarteten Suspension Griechenlands durch das Ministerkomitee zuvorgekommen, indem sie selbst durch Aussenminister *Pipinelis* den Austritt aus dem Europarat verkündeten. Damit ist für die Strassburger Versammlung eine klare Situation geschaffen worden, nachdem eine immer grössere Zahl von Mitgliedern des Europarates zur Auffassung gelangt war, dass das Oberstenregime in Athen mit den Grundsätzen des Europarates nicht zu vereinbaren sei. Der *Bruch*, wie er nun vollzogen worden ist, war schon seit längerer Zeit unvermeidbar geworden; auch wenn er in seiner Tragweite nicht überschätzt werden darf, ist er doch ein Gradmesser für die Schwierigkeiten, denen sich jede überstaatliche Gemeinschaft konfrontiert sieht, wenn eines ihrer Mitglieder innenpolitisch zu extremen Lösungen greift.

Labile arabische Solidarität

Die Unsicherheit im Mittelmeer ist durch die Entwicklungen in Italien und Griechenland weiter gesteigert worden – in einem

Augenblick, da sich im Nahen Osten die kriegesischen Aktionen wieder verschärfen und eine endgültige Friedensregelung weiter entfernt scheint denn je. Die *arabische Gipfelkonferenz*, die am 21. und 22. Dezember in *Rabat* tagte, hat erneut die hoffnungslose innere Spaltung der arabischen Welt gezeigt und die Legende von der angeblichen arabischen Solidarität im Kampf gegen das «zionistische Israel» eindrücklich widerlegt. Die Differenzen entzündeten sich vor allem an der Forderung des saudiarabischen Königs *Faisal*, der die «Al-Fatah»-Bewegung durch Übernahme der vollen Finanzierung gewissermassen unter eigene Regie stellen wollte und damit den Widerspruch Nassers hervorrief. Das Gipfeltreffen endete in allgemeiner Uneinigkeit; Nasser suchte auf dem Heimweg Ersatz in einer kleinen Gipfelkonferenz mit den Führern Libyens und des Sudans in Tripolis, mit denen er über die Schaffung eines aus den drei Ländern bestehenden Bündnissystemes konferierte, das Israel entgegentreten sollte. Man wird die überschwenglichen Beteuerungen der neuen Freunde wohl *cum grano salis* nehmen müssen – in der Feuerprobe der Realität pflegen sie sich meist zu verflüchtigen und nüchterneren Überlegungen Platz zu machen.

Für Israel bedeutet die ergebnislose Konferenz von Rabat freilich kaum mehr als eine Atempause. Es hat diese ausgenutzt durch kühne Handstreichs und Überraschungscoups wie die Demontierung einer *sowjetischen Radarstation* tief auf ägyptischem Territorium und die Entführung von fünf durch de Gaulles Waffenembargo festgehaltenen Schiffen aus dem französischen Hafen *Cherbourg*. Aber alle diese spektakulären Einzeltaten vermögen es nicht, die Araber in eine Position zu manövrieren, in welcher sie gezwungen sind, mit Israel zu verhandeln. Auch die *Grossmächte*, die sich in letzter Zeit wieder stärker in den Nahostkonflikt eingeschaltet haben, konnten bis jetzt keinen Weg weisen, der zu einer Entspannung geführt hätte. Die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion scheinen beide in den letzten

Wochen mässigend auf die ihnen nahestehenden Konfliktparteien eingewirkt zu haben, freilich ohne sichtbaren Erfolg. Der *Kleinkrieg*, gekennzeichnet durch ununter-

brochene Scharmützel, Artillerieduelle, Sabotageaktionen und Luftkämpfe, bleibt Normalzustand im Nahen Osten.

Fabius

DIE AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG BRANDT

Status quo und Wandel

«Es gibt kein Land, das bessere Gründe hat, zugleich die Erhaltung des Status quo und einen Wandel zu wünschen», so hat der französische Politologe Pierre Hassner einmal bemerkt. Keine Bonner Regierung, welcher Couleur auch immer, kann sich aus diesem fundamentalen Dilemma deutscher Politik hinwegstellen. Der individuellen Fähigkeit der jeweiligen Regierung bleibt aber überlassen, unterschiedliche Mittel einzusetzen und Wege zu suchen, um die widersprüchlichen Aufgaben deutscher Politik optimal zu harmonisieren. Der von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 beschworene «Wille zur Kontinuität» bedeutet eine Anerkennung dieser Gesetzmässigkeiten. Das unmissverständliche Festhalten am Nordatlantischen Bündnis als der Basis dieser Politik ist logisch. «Sein fester Zusammenhalt», so Brandt, «ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen.»

Dennoch ist in den ersten Phasen Brandtscher «Politik der Bewegung» ein neuer Bezugsrahmen deutlich geworden; in der Regierungserklärung heisst es: «Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen.» Mit anderen Worten: Gesamteuropa und nicht länger nur Westeuropa ist gemeint, wenn von Europa die Rede ist. Die erklärte Hauptaufgabe sei daher, «an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten». Ohne deren Architektur schon näher zu skizzieren, wird ihre tragende Säule «Gleichgewicht» heissen. Deren Herstellung und damit die Wiederfindung

der Identität Europas ist aber nur möglich, «wenn dies auch von Moskau, von Warschau und von Ost-Berlin gewollt wird» (Helmut Schmidt).

«Wiedervereinigung» realistisch interpretiert

Ost-Berlin fällt in diesem Prozess eine zentrale Rolle zu. Das Ziel Brandts ist, mit der DDR «... über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen». Diesem «Miteinander» gibt Brandt einen konkreten Inhalt, indem er einerseits etwas weglässt, was bisher noch keine Bonner Regierungserklärung weggelassen hat: das Wort «Wiedervereinigung», andererseits aber möchte er ein «weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation» vermeiden, also deren Einheit bewahren und damit zugleich dem Wiedervereinigungs-Auftrag neue Impulse geben. Die Formel «zweier Staaten deutscher Nation», die füreinander nicht Ausland sind und deren Beziehungen zueinander deshalb auch nur «von besonderer Art» sein können, könnte in sich ein interessantes Modell bergen, dessen Konturen vielleicht deutlicher werden, nimmt man den Appell Brandts hinzu, «dass die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben». Dieses Modell könnte möglicherweise die Gewährung eines qualitativ abgestuften, zunächst die Wiedervereinigungsautomatik nicht einschliessenden Selbstbestimmungsrechts beinhalten. Damit würde den ohnehin irrationalen und durch die oft wiederholten Gewaltverzichtserklärungen der Bundesregierung recht unglaubwürdigen Befürchtungen Ost-Berlins um die territoriale Integrität der DDR auch der letzte

Boden entzogen werden. Die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, das Angebot, durch direkte und «beiderseits ohne Diskriminierung» geführte Verhandlungen mit Ost-Berlin zu einer vertraglich fixierten Zusammenarbeit zu gelangen, sowie die Bereitschaft, auch mit der DDR selbst ein Abkommen «über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt» zu schliessen, könnten als Bausteine eines solchen Deutschland-Modells begriffen werden.

Dem Grundgesetz-Gebot, «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden» würde damit realistisch entsprochen. «Wiedervereinigung» kann heute realiter kaum etwas anderes bedeuten, als einen Ausgleich ohne Machtzuwachs zu suchen; das aber heisst, die ungehinderte menschliche, kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Verflechtung («Wiedervereinigung») der beiden Teile Deutschlands unter dem Dach einer Nation, aber unter Beibehaltung zweier, selbständiger staatlicher Organismen anzustreben.

Das Spiel um den «Staatsvertrag»

Der Erfolg dieses Konzepts wird nicht nur von dem Ausgang der ganz bestimmt heftigen innenpolitischen Kontroversen in der BRD abhängen, sondern in allererster Linie von der Reaktion der DDR und den anderen osteuropäischen Nachbarn. Ob dabei die Kernidee Brandtscher Deutschland-Politik – der DDR, im Gegenzug für innerdeutsche Verbesserungen bei der Öffnung des internationalen Parketts nicht mehr im Wege zu stehen – den Reiz auf die nach internationaler Profilierung suchende DDR ausübt, den sie enthält, bleibt abzuwarten. Ost-Berlins bisherige Reaktionen geben jedenfalls keinen Grund zum Optimismus. Der jüngst Bundespräsident Heinemann übersandte Entwurf eines Staatsvertrages zwischen der DDR und der BRD ist dafür ein beredtes Zeugnis. Der langen Kette der hier in Vertragsform gekleideten Maximalforderungen wurde nachträglich noch das Ansinnen hinzugefügt, die BRD

solle vom Deutschland-Vertrag abrücken – eine Steigerung ins beinahe Grotteske. Ulbrichts Position scheint dabei durch zwei Umstände bestimmt zu sein: einerseits durch den Unwillen, seine eigene Position zu überprüfen und andererseits durch die Absicht, der Bundesregierung nachzuweisen, dass sich an ihrer bisherigen («revanchistischen») Politik in Wirklichkeit nichts geändert habe. Ulbricht scheint auf ein resignierendes Bonner «Nein» abzielen, gekoppelt mit der Aufgabe des Versuchs, ihn zum Gespräch herauszufordern; ferner hofft er die osteuropäischen Verbündeten davon zu überzeugen, dass die Schuld für das Nichtzustandekommen der von ihnen gewünschten Entspannung in Mitteleuropa ausschliesslich bei Bonn liege.

Die Ankündigung der Bundesregierung, mit einem eigenen Vertragsentwurf antworten zu wollen, zeigt, dass man sich von Ulbricht nicht wieder in die Defensive reden lassen will. Auch die bereits begonnenen Gewaltverzichtsverhandlungen mit Moskau sowie die Gespräche mit Warschau werden es Ulbricht schwer machen, seine Alles-oder-Nichts-Politik schadlos für sich selbst weiter zu verfolgen. Die Parallelität dieser zwar bilateral geführten aber miteinander synchronisierten Verhandlungen soll Ost-Berlin aber auch zeigen, dass es Bonn in keinem Fall um die Isolierung Ost-Berlins geht.

Dialog mit Polen

Bei den Verhandlungen in Warschau kann es realistischweise nicht darum gehen, *ob*, sondern *wie* die Oder-Neisse-Grenze von der BRD anerkannt werden kann. Polens Einwilligung in das Verhandlungsangebot der Bundesregierung zeigt Warschaws Verständnis für die Notwendigkeit, für die gewünschte Anerkennung der polnischen Westgrenze den richtigen Rahmen zu finden. Aber selbst wenn dieser etabliert ist, wären mit der Anerkennung der Westgrenze allein noch nicht alle Probleme gelöst. Als weit schwieriger könnte sich zum Beispiel die Aufgabe erweisen, den Polen glaubhaft zu machen, dass die BRD ihre Westgrenze wirklich akzeptiert habe. Ein

Gewaltverzicht der BRD gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten (einschliesslich der DDR) könnte sich hier nicht nur als «eine sublimale Form der Erfüllung der östlichen Forderungen nach Hinnahme des territorialen Status quo» erweisen (Wolfgang Wagner), sondern gleichzeitig der wichtigen atmosphärischen Entspannung zum Durchbruch verhelfen. Durch die Unterzeichnung des Nichtweiterverbreitungsvertrages hat Bonn auch in diesem Bereich bereits einen wichtigen Beitrag zur Entspannung geleistet. Nun wird es darauf ankommen, ob aus Osteuropa entsprechende Zeichen der Bereitschaft zum Ausgleich kommen. Eine Verständigung mit Polen über seine Westgrenze wird gesamteuropäisch nur sinnvoll sein, wenn Warschau die Zusammengehörigkeit der deutschen Nation anerkennt, denn nur mit dieser und nicht mit der BRD allein hat Polen eine gemeinsame Grenze.

Gespräche in Moskau

Ein Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau müsste mit einem Verzicht der UdSSR

auf das aus der UN-Charta abgeleitete Interventionsrecht gegenüber der BRD verbunden sein. Moskaus Bereitschaft zum Ausgleich muss sich aber auch am neuralgischsten Punkt, Berlin, erweisen. Die Reaktion auf die von den Westmächten eingeleitete Berlin-Initiative muss erkennen lassen, ob Moskau zu mehr als nur einer willkürlich gewählten und stets kündbaren Abstinenz vom Sticheln an diesem Punkt bereit ist. Davon wie auch von der innerdeutschen Kooperationsfreudigkeit Ost-Berlins wird es wiederum entscheidend abhängen, wann es zu der von Bundeskanzler Brandt im Prinzip begrüßten europäischen Sicherheitskonferenz kommen kann.

Die Bundesregierung erwartet erklärermassen keine schnellen Ergebnisse ihrer Politik der Bewegung, deren Leitsatz ist: «Keine Angst vor Experimenten.» Aber es wird, vor allem für Ost-Berlin, nicht leicht sein, sich gegen alle Entspannungsversuche zu sperren, ohne schliesslich selbst, auch von der eigenen Öffentlichkeit, im Bremserhäuschen entdeckt zu werden.

Walther Stützle

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Klimawandel

Der letzte Monat der sechziger Jahre fiel nicht aus dem Rahmen dieses für schweizerische Begriffe recht bewegten Dezeniums. Öffentliche Kontroversen und parlamentarische Debatten liessen im Dezember nochmals jene merkwürdige Grundstimmung unserer Tage aufscheinen, deren Ursprung schwer zu lokalisieren und deren Charakter kaum exakt zu definieren ist, wenn man über generalisierende Schlagworte wie Unrast, Unlust auf der einen, Satttheit, Stagnation auf der andern Seite hinausgehen will. Es wird noch einiger analysierender Arbeit bedürfen, bis dieser merkwürdig widersprüchliche «Zeitgeist» transparent genug erscheint, um einen gültigen Bestandteil unseres Zeitbewusstseins abzugeben.

Eines aber steht schon jetzt eindeutig fest: Die sechziger Jahre werden im Rückblick späterer Zeiten als eine Periode zunächst unmerklichen, dann aber immer stürmischeren Klimawandels erscheinen. Sie brachten zumindest in bezug auf das Zeitbewusstsein das definitive Ende der «Nachkriegszeit». Hatten die fünfziger Jahre im Zeichen des Wiederaufbaus gestanden – in der unversehrten Schweiz ging es weniger um die Überwindung von Kriegsfolgen als vielmehr um die Bewältigung des wirtschaftlichen Krisenschocks der dreissiger Jahre sowie der Durststrecke der Zeit der Grenzbesetzung –, so brach sich in den sechziger Jahren endgültig die «Wohlstandsgesellschaft» Bahn.

Dieser «Durchbruch» war vor allem psychologischer Art. Hatte man zuvor der andauernden Wirtschaftsblüte nicht so

recht getraut – es war immer wieder von drohenden Rückschlägen die Rede –, so richtete sich der Mensch der sechziger Jahre nun sozusagen definitiv im Wohlstand ein. Dazu kam das Mündigwerden einer Generation, die den Kampf um Demokratie und Freiheit ebenso wie die harten Jahre der Wirtschaftskrise nur noch vom Hörensagen kannte. So veränderte sich die Optik der Öffentlichkeit zusehends. Je selbstverständlicher das wirtschaftliche Wachstum und die politische Stabilität wurden, um so schärfer wurden die Blicke nicht nur der intellektuellen Jugend für manche Schattenseiten des Wohlstandes und der Konkordanzdemokratie. Auf dem Hintergrund dieses Klima- und Bewusstseinswandels müssen auch verschiedene Kontroversen und «Krisen» der letzten Zeit verstanden werden.

Das «Rote Büchlein» als Prügelknabe

Dazu gehört vor allem auch die Kontroverse um das Zivilverteidigungsbuch, die in der Dezembersession sogar beide Kammern der eidgenössischen Räte beschäftigt hat. Das «Rote Büchlein», das die Bevölkerung auf die Realität eines totalen Kriegs vorbereiten will, ist gewissermassen stellvertretend in den Mittelpunkt einer Auseinandersetzung gerückt, in der es im Grunde um das Selbstverständnis dieses Staates und seiner Position in der Umwelt geht.

Gewiss haben in Friedenszeiten Anleitungen zu «kriegsgerechtem» Verhalten zum vorneherein etwas Problematisches an sich; und gewiss gibt es im Zivilverteidigungsbüchlein Abschnitte, über deren Gestaltung man in guten Treuen verschiedener Ansicht sein mag. Doch dies allein kann die Schärfe der Auseinandersetzung nicht erklären. Der tiefere Grund der teilweise bitterbösen Polemiken liegt darin, dass es Kreise in unserer Volke gibt, die den verteidigungsfähigen Kleinstaat schweizerischer Tradition als Anachronismus empfinden. Er passt nicht ins Bild einer utopischen Gesellschaftstheorie, mit der gegenwärtig einmal mehr versucht wird,

die «gute Ordnung» an sich zu kreieren, ohne Rücksicht auf frühere Erfahrungen mit ähnlichen Lehren.

Die ganze Strömung ist nicht ungefährlich, und zwar vor allem wegen des eingangs erwähnten allgemeinen Stimmungshintergrundes. Man darf sich nicht durch die Tatsache täuschen lassen, dass es sich im Grunde um eine kleine, wenn auch lautstarke Schicht von engagierten Kreuzrittern für eine «neue Gesellschaft neuer Menschen» handelt. Die Resonanz dieser Gruppe ist auch in einer breiteren Öffentlichkeit beträchtlich, weil der Globalverdacht gegenüber dem Staat und seiner Autorität heutzutage stark in Mode ist.

«Antifaschismus» mit faschistischen Methoden

Nicht die Tatsache der Kritik selbst mutet dabei bedenklich an, sondern der Umstand, dass die *Form* dieser Kritik von immer breiteren Kreisen ohne weiteres hingenommen zu werden scheint. Da gibt es Schriftsteller von berechtigtem literarischem Ansehen, die weithin unwidersprochen bleiben, wenn sie lauthals verkünden, Vaterland und Heimat seien faschistische Begriffe. Da rührt sich kaum eine Hand, wenn Jugendgruppen Bücherverbrennungen wie weiland im Tausendjährigen Reiche veranstalten, oder wenn Magistratspersonen in unflätigster Weise diffamiert und mit Schmutz beworfen werden.

Dass es Leute gibt, die kaltschnäuzig und grosszügig mit dem Begriff Faschismus um sich schmeissen und dabei nicht zu realisieren scheinen, wie sehr gerade sie in ihrer Denkart und in ihren Methoden faschistischen Grundhaltungen verbunden sind, mag noch hingehen. Das hat es immer wieder gegeben, und es wird uns auch in Zukunft nicht erspart bleiben. Dass aber offenbar unser öffentliches Klima bereits so stark «umfunktioniert» worden ist, dass solche Leute mit ihrem Verhalten gar nicht mehr weiter auffallen, ist ein Sachverhalt, der denn doch zu schwersten Bedenken Anlass geben muss. Wenn hier nicht innert nützlicher Frist eine Kopfreini-

gung möglich ist, wenn es nicht gelingt, unsere Staatsform des Gesprächs von diesen Elementen eines selbstzerstörerischen politischen Ungeistes zu entlasten, dann werden uns die kommenden Jahre innenpolitische Beschwerden bringen, im Vergleich zu denen die Schwierigkeiten der sechziger Jahre als harmlose Präludien erscheinen.

Die abnehmende Hellhörigkeit der Öffentlichkeit ist dabei nicht nur eine Folge sich mehr und mehr verwischender Begriffe und Massstäbe. Sie muss vielmehr auf dem Hintergrund eines politischen Alltags gesehen werden, der sich immer stärker vom einzelnen im Sinne eines aktiv mithandelnden Bürgers entfernt. Und selbst die Politiker verlieren sich immer mehr im Dickicht der Einzelfragen; selbst sie sind es nicht mehr gewohnt, von eindeutigen Ordnungsvorstellungen her zu denken und zu debattieren. So verwischen die Konturen der Politik wie der Sprache der Politik, und die «Propheten» einer «neuen Gesellschaft» brechen mit ihrem schillernden und blitzenden Wortschatz in ein Vakuum ein, das sie weidlich ausnützen.

Vor einem schweren Fechtgang

Zu den unerfreulichen Blüten dieses Zeitgeistes ist auch die zweite Überfremdungsinitiative zu zählen. Sie wird dem Schweizer Volk in nächster Zeit eine schwere Auseinandersetzung mit äusserst unerfreulichen Perspektiven bescheren. Darüber kann auch ein parlamentarischer Entscheid, der an Deutlichkeit kaum zu überbieten ist, nicht hinwegtäuschen: Mit 136 zu 1 Stimme hatte sich der Nationalrat in der Dezembersession gegen das Volksbegehren ausgesprochen. Gerade die Parlamentarier sind aber erfahren und hellhörig genug, um sich trotz diesem Beschluss keinen Illusionen hinzugeben. Der Fremdenhass, der von den Initianten anvisiert und auch als wahlpolitisches Vehikel benützt worden ist, stellt keine isolierte Erscheinung dar, die sich bloss auf den Kreis der Unterzeichner des Volksbegehrens beschränkt. Unterschwellig gärt es längst

in weiteren Schichten. Auch hier zeigt es sich: Je mehr wir uns an den Wohlstand gewöhnen, um so weniger sind wir bereit, den Preis dafür gebührend zu würdigen. Dass die Fremdarbeiter wesentlich zu dieser Wirtschaftsentwicklung beigetragen haben, wird heutzutage vielfach allzu leicht vergessen gegenüber den menschlichen Begleiterscheinungen ihrer ökonomisch bedingten Anwesenheit.

Parteien und Gewerkschaften werden hier ein beträchtliches Mass an Aufklärungsarbeit zu leisten haben, wenn nicht ein Volksentscheid zustande kommen soll, der nicht nur dem wohlverstandenen öffentlichen Interesse, sondern auch den humanitären Grundsätzen unseres Landes zuwiderlaufen würde. Das blosses Nein wird dabei allerdings nicht genügen. Das Überfremdungsproblem ist eine Realität, der mit angemessenen Mitteln begegnet werden muss. Der Verlauf der Abstimmungskampagne wird nicht zuletzt davon abhängen, wie weit Behörden und Politiker in der Lage sind, der Volksinitiative überzeugende Alternativlösungen gegenüberzustellen.

Schreckgespenst Teuerung

Dass 1970 mit einer stark anschwellenden Teuerung zu rechnen sein werde, falls nicht wirksame konjunkturpolitische Eingriffe erfolgen, darüber ist man sich allgemein einig. Was allenfalls getan werden könnte, das liegt indessen weniger klar zutage. Eine von namhaften Wirtschaftswissenschaftlern empfohlene Möglichkeit, jene der Aufwertung des Schweizerfrankens, stellt sich im Augenblick nicht. Sie hätte schon bald nach der deutschen Aufwertung erfolgen müssen, um volle Wirkung zu erzielen. Andere Massnahmen werden gegenwärtig noch diskutiert; doch macht es den Anschein, dass sie selbst in ihrer Summe kaum ausreichen werden, um die Welle wirksam zu steuern.

Einmal mehr werden wir also von der Entwicklung überrannt, ohne dass die nötigen Instrumentarien rechtzeitig bereitgestellt worden wären. Hierfür den Bundesrat

allein verantwortlich zu machen, wie dies immer wieder geschieht, geht indessen nicht an. In unserer direkten und föderalistischen Demokratie ist die Verantwortung so vielfältig abgestuft und so breit abgestützt, dass man geneigt ist, von einer «Kollektivschuld» zu sprechen. Man muss sich fragen, wieviel an negativen Erfahrungen noch nötig ist, bis es möglich sein wird, unsere staatlichen Organe konjunkturpolitisch handlungsfähiger zu machen.

Baselland und Baselstadt

Am ersten Dezemberwochenende entschieden die Stimmbürger der beiden Basler Halbkantone darüber, ob *ein* Kanton geschaffen werden solle. Baselland, das 1958 noch einen deutlichen Ja-Überschuss aufgewiesen hatte, als ein entsprechender Paragraph in die Verfassung aufgenommen werden sollte, lehnte nun recht deutlich ab. Damit dürfte das Kapitel Wieder-

vereinigung für längere Zeit aus Abschied und Traktanden fallen.

Der Entscheid ist ein Hinweis darauf, dass der Bürger nicht ohne weiteres bereit ist, aus den wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Veränderungen entsprechende Konsequenzen in bezug auf die politische Ordnung und Gliederung zu ziehen. Insofern mutet der Ausgang des Urnengangs eminent schweizerisch an. Selbst verhältnismässig junge Gemeinwesen ohne wirtschaftsgeographische Geschlossenheit weisen sich trotz der mobiler gewordenen Gesellschaft – oder vielleicht gerade deswegen – über ein erhebliches Mass an Eigengewicht und Zählebigkeit aus, das alles andere denn unsympathisch wirkt. Wesentlich wird nun sein, dass die hängigen Probleme zwischen den beiden Halbkantonen trotzdem Lösungen finden werden, die den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft entsprechen.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Schweizerische Aufwertungsdiskussion

Die Zeichen eines sich gefährlich aufbauenden *Nachfrageüberhanges* mehren sich in unserem Lande. Dies hat kürzlich auch die Kommission für Konjunkturfragen mit aller Deutlichkeit festgestellt. Der in der Schweiz schon seit langem erkennbare Trend zur Überforderung der produktiven Kräfte der Wirtschaft ist durch die Aufwertung der D-Mark noch akzentuiert worden; für die Zahlungsbilanzüberschussländer kommt die Wechselkursänderung in der Bundesrepublik einem teilweisen Import des deutschen Überdruckes gleich. Diese Situation hat in der Schweiz auch das konjunkturpolitische Gespräch angeheizt; auf dem Boden dieser Auseinandersetzung ist nun erstmals auch die Wechselkurspolitik bzw. eine *Aufwertung* des Schweizerfrankens ins Gespräch gekommen. Damit hat die konjunkturpolitische

Diskussion nicht eine unerwartete, aber immerhin insofern eine bemerkenswerte Richtung eingeschlagen, als die Wechselkurspolitik bisher tabu war.

Die Schweiz hat sich damit, allerdings mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, einem Trend «angeschlossen», der in andern Ländern schon seit einiger Zeit sichtbar war: dem Einbezug der Wechselkurspolitik in die öffentliche konjunkturpolitische Auseinandersetzung. Bundesrat Celio hat im Laufe der vergangenen Wochen einige Male kategorisch versichert, dass eine Änderung der Parität des Schweizerfrankens *nicht* in Betracht komme – und es ist im Blick auf die in unserem Lande herrschende Konstellation kein Grund zu sehen, weshalb man dieser Versicherung nicht Glauben schenken sollte.

Es ist natürlich zutreffend, dass die unserem Lande drohende Beschleunigung der Geldentwertung sowohl aussenwirt-

schaftlich wie binnenwirtschaftlich bedingt ist; und es ist ebenso richtig, dass der inflationäre Schub, soweit er aussenwirtschaftlich verursacht wird, durch eine Aufwertung des Frankens – vorausgesetzt jedoch, dass der Aufwertungssatz hoch genug gewählt würde – teilweise oder ganz aufgefangen werden könnte.

Wechselkursänderungen aus konjunkturellen Gründen? Diese Sicht der «Dinge» ist unsympatisch, weil sich die konjunkturellen Schwankungen zu rasch folgen, als dass sie jedesmal mit Wechselkursänderungen pariert werden könnten. Würde eine solche Politik eingeschlagen, so müsste unsere Währung bald zum Objekt spekulativer Engagements auserkoren werden. Es muss vielmehr, auch nach den internationalen Spielregeln, ein sogenanntes *fundamentales* oder strukturell bedingtes Zahlungsbilanzungleichgewicht vorliegen, damit eine Wechselkursänderung als berechtigt angesehen werden kann. Ist diese Voraussetzung im Falle der Schweiz gegeben? Einige Indizien deuten nun tatsächlich auf eine strukturelle Unterbewertung des Schweizerfrankens hin. Die Frage ist, und hier scheiden sich die Geister, ob sie für eine Wechselkursänderung ausreichen.

Ausserdem fällt bei dieser Sachlage ins Gewicht, dass sich in unserem Lande die momentane konjunkturelle Situation nicht allein mit kühlem, nationalökonomischem Verstande lösen lässt. Eine Aufwertung würde einen Parlamentsbeschluss erfordern, womit sie in den Bereich der *Politik* verschoben wird. Politiker und Regierungsmitglieder behaupten, dass aufgrund der im Parlament herrschenden politischen Geographie für eine solche Massnahme *keine* Mehrheit zu finden wäre.

Eine Aufwertung hätte noch einen weiteren politischen Aspekt. Wenn sie nämlich wirkungsvoll sein soll, und nur unter dieser Voraussetzung wäre sie überhaupt sinnvoll, so müsste die Regierung stark genug sein, um alle in der Folge von der Wirtschaft zu erwartenden Anschlussbegehren abzuweisen; wäre dies nicht der Fall, so müsste der Aufwertungseffekt vorzeitig verpuffen. Kann davon ausgegangen werden, dass

unsere Regierungsstruktur einer solchen Belastung standhalten könnte? Man sieht, eine Aufwertung hätte in unserem Lande ihre Tücken!

Andererseits: wenn die Konjunkturpolitik rein binnenwirtschaftlich betrieben wird, also, um einen bundesdeutschen Ausdruck zu gebrauchen, ohne aussenwirtschaftliche Absicherung operiert, so würde ebenfalls nur ein Teil der Inflationsursachen in die Therapie einbezogen; die Konjunkturpolitik wäre nicht «diagnosengerecht». Und ein weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhange ins Licht zu stellen: Wäre eine solch einbeinige Konjunkturpolitik dann, wenn sie genügend zugriffig konzipiert würde, tatsächlich partiell erfolgreich, so müsste sie bei unverändertem Wechselkurs deshalb in der Zukunft ihren eigenen Misserfolg begründen, weil aller Wahrscheinlichkeit nach über die dadurch eintretende erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie die Auslandsnachfrage wieder steigen würde. Dieser Effekt würde sich tatsächlich nur über eine Wechselkursänderung beseitigen lassen. Das Verursachungsdiagramm, das momentan unsere Konjunkturlage bestimmt, erfordert also eine sehr differenzierte Politik, wenn all seine Spiegelungen in der Therapie berücksichtigt werden sollen.

Bundesrätliches Konjunktur- dämpfungsprogramm?

Der Bundesrat hat sich nun entschlossen, der Inflationsgefahr entgegenzutreten. Er will dies, wie Bundesrat Celio erklärte, bei unverändertem Wechselkurs mit einem *Paket* von Massnahmen tun, welches das bereits «leicht» auf Restriktion eingestellte Abkommen der Notenbank mit den Banken ergänzen soll. Solange das materielle Ausmass dieser Massnahmen jedoch nicht bekannt ist, erscheint eine Würdigung kaum sinnvoll. Es kreist um aussenhandelspolitische Massnahmen (vorzeitige Inkraftsetzung der noch aus der Kennedy-Runde fälligen Zollsenkungen und zusätzliche Exportbelastungen), um monetäre Massnahmen (Senkung der Kreditwachstumsraten, ergänzt

eventuell durch Abschöpfungstransaktionen), Erschwerung der Abzahlungskäufe und Massnahmen auf der Seite der Exportrisikogarantie sowie einige Tresoreriemassnahmen des Bundes.

An einen wirksamen Einsatz der Finanzpolitik ist wohl kaum zu denken. Das Budget des Bundes ist zwar für 1970 ausgeglichen; für die zahlreichen «öffentlichen Hände» insgesamt (Bund, Kantone und Gemeinden) wird aber noch immer mit einem totalen *Defizit* von rund 1 Mia. Franken gerechnet. Und das finanzpolitische Verhalten der Kantone ist wohl kaum derart zu beeinflussen, dass eine konjunkturgerechte Finanzpolitik resultieren könnte. Auch die nun intensiv betriebene «moral suasion», die Appelle an die Hausfrauen zu preisbewussterem Einkaufen, an die Unternehmer, mit der Expansion Mass zu halten oder an die Sozialpartner, dürfte nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen. Allein eine effektiv betriebene Konjunkturpolitik könnte Abhilfe schaffen.

Grossbritannien im Zahlungsbilanzüberschuss

Die britische Dämpfungspolitik, die nun allerdings schon seit Jahren anhält, aber nicht immer mit der gebotenen Konsequenz durchgeführt wurde, beginnt offenbar die *ersten Früchte* zu tragen. Der deutlichste Reflex zeigt sich in der Zahlungsbilanz, dem eigentlichen Sorgenkind der britischen Wirtschaftspolitik. Auf saisonkorrigierter Basis hat die Zahlungsbilanz das dritte Quartal 1969 mit einem Überschuss von 214 Mio. Pfund abgeschlossen; dieser Trend hat auch im November angehalten, wie die neuesten Zahlen zeigen. Die Wendung ist zweifellos frappant, kann doch Grossbritannien für die ersten neun Monate 1969 einen saisonbereinigten Überschuss von 225 Mio. Pfund in der Zahlungsbilanz ausweisen, nachdem sie im letzten Dezennium ein kumuliertes Defizit von 2,5 Mia. Pfund ausgewiesen hatte; lediglich in den Jahren 1961 und 1962 war sie leicht im Überschuss.

Es ist dabei wesentlich zu registrieren, dass die *Handelsbilanz* einen Trend zur Aktivierung eingeschlagen hat, der in erster Linie auf die Exportzuwachsrate zurückzuführen ist; sie hat die bisher sehr ausgeprägte Importneigung nunmehr übertroffen. Beobachter führen diese Wendung auf die seit 1969 konsequenter durchgeführte Fiskalpolitik sowie auf die Geldpolitik zurück. Ausserdem dürfte ins Gewicht gefallen sein, dass der Anstieg der Löhne einigermassen in Schranken gehalten werden konnte, so dass die binnenwirtschaftliche Nachfrage nicht so stark anstieg wie in der Vergangenheit. Dies, zusammen mit den mannigfachen Anstrengungen zur Verbesserung des Exportklimas, mag dazu beigetragen haben, dass sich nun die Verhältnisse zu bessern beginnen.

Natürlich ist Grossbritannien noch nicht restlos über dem Berg. Die Frage bleibt bestehen, was geschehen wird, wenn dereinst die Restriktionen aufgehoben werden. Wird dann Grossbritannien wieder dem alten Übel der «Stop-go-policy» verfallen? Die Regierung scheint sich dieser Gefahr bewusst und hält deshalb mit Lockerungen zurück. Wird sie aber der Versuchung, mit einer populären Wirtschaftspolitik in den näher rückenden Wahlfeldzug zu ziehen, widerstehen können? Jedenfalls haben die Gewerkschaften und die Unternehmer aus der Zahlungsbilanzaktivierung schon gewisse Forderungen auf eine Lockerung abgeleitet.

Die britische Regierung hat in den letzten Wochen mehrfach hervorgehoben, dass sie noch nicht gewillt sei, das wirtschaftspolitische Ruder herumzuwerfen. Trotzdem hat sie auf das Jahresende hin die Öffentlichkeit mit einer Massnahme überrascht, die ihrer Popularität zugute kommen dürfte. Sie hat nämlich die *Devisenrestriktionen für die britischen Touristen aufgehoben*, die im Jahre 1966 im Rahmen eines grösseren Paketes von restriktiven Massnahmen zur Zahlungsbilanzsanierung eingeführt worden waren. Diese Massnahme erfolgt in einem Zeitpunkt, der praktisch noch die volle Ausnutzung der Wintersaison erlaubt.

Die Bundesrepublik nach der DM-Aufwertung

In der Bundesrepublik hat sich insofern eine *Normalisierung* durchgesetzt, als seit der DM-Aufwertung ein erheblicher *Devisenabfluss* eingetreten ist. Die Devisenbestände haben sich um rund 14 Mia. DM verringert. Obwohl die deutschen Währungsreserven nach wie vor hoch sind – sie erreichen noch über 30 Mia. DM –, hat es die Bundesrepublik auf Jahresende hin als zweckmässig erachtet, 550 Mio. Dollar vom Internationalen Währungsfonds abzurufen. Es ist dies aber eine Transaktion, die allein unter Liquiditätsaspekten zu beurteilen ist.

Die Veränderungen in den laufenden Positionen der Zahlungsbilanz hielten sich dagegen eher in engen Grenzen; dies kommt nicht unerwartet. Der Aussenhandelsüberschuss ist nur leicht rückläufig. Man wird noch einige Zeit zuwarten müssen, bis die Wirkung der Wechselkursänderung anhand der Statistiken beurteilt werden kann.

Die Bundesregierung hat aber weiterhin – wie die Schweiz – *Stabilitätssorgen*; verschiedene Äusserungen von massgebenden Regierungsmitgliedern befassten sich in den vergangenen Wochen mit der Gefahr der drohenden beschleunigten Geldentwertung. Finanzminister Möller und Wirtschaftsminister Schiller sprachen gar von der Möglichkeit von Steuererhöhungen, womit sie offenbar gleichzeitig eine Gegenposition zu den Lohnforderungen aufbauen wollten. Der Ruf nach *zusätzlichen Stabilitätsmassnahmen* ist immer wieder zu vernehmen. Am 12. Januar wird im Bundeswirtschaftsministerium eine weitere Runde in der «konzertierten Aktion» zwischen der Regierung und den Sozialpartnern stattfinden; dies dürfte die Gelegenheit sein, da die künftige Stabilisierungspolitik konkretere Gestalt annehmen kann.

Ungünstige Zahlungsbilanzentwicklung in den USA

Im Blick auf die unbefriedigende Entwicklung der amerikanischen Zahlungsbilanz –

auf Liquiditätsbasis berechnet erreichte das Defizit im 3. Quartal 2,5 Mia. Dollar – hat die Regierung beschlossen, die bisherige Stabilitätspolitik auch im kommenden Jahre weiterzuführen. Es betrifft dies insbesondere die Zinsausgleichssteuer, die Direktiven für die Direktinvestitionen im Ausland sowie die «freiwilligen» Richtlinien für Auslandskredite der Banken und Finanzinstitute.

Einigung zwischen dem IMF und Südafrika

Die monatelange Auseinandersetzung zwischen Südafrika und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) bzw. den USA in der Goldpreisfrage hat auf das Jahresende hin insofern eine Lösung erfahren, als sich der IMF nun bereit erklärte, neu gefördertes südafrikanisches Gold zu kaufen, sofern der freie Marktpreis für Gold auf oder unter den offiziellen Goldpreis von 35 Dollar pro Unze sinkt. Das Ausmass der Käufe soll sich am Devisenbedarf Südafrikas orientieren. Nach der offiziellen Erklärung wird Südafrika in die Lage versetzt, Gold an den IMF abzugeben, wenn sein Zahlungsbilanzdefizit ein halbes Jahr angehalten hat. Eine weitere Klausel sieht vor, dass Südafrika, unabhängig von seiner Zahlungsbilanzlage, dem IMF Gold zum Kaufe anbieten kann, und zwar in einem Betrage, den Südafrika für Devisenzwecke während einer Halbjahresperiode über den Bedarf hinaus benötigt, der durch den Verkauf der gesamten laufenden neuen Goldproduktion hinaus im privaten Markte befriedigt werden kann. Der amerikanische Unterschatzsekretär Volcker erläuterte diese komplizierte Formel so, dass Südafrika, sofern es ein Zahlungsbilanzdefizit aufweist, Gold, das sich in seinen offiziellen Währungsreserven angehäuft hat, an den IMF verkaufen kann. Bedingung dafür sei aber, dass Südafrika am freien Markte Goldverkäufe im Umfange von ungefähr 1,1 Mia. Dollar jährlich vorgenommen habe.

Oeconomicus